

Freitag, 7. April 2006

MEDIENMITTEILUNG

Rund 200 Teilnehmende an der Konferenz für Sozialfragen 2006, die zum vierten Mal in Grangeneuve stattgefunden hat

Wie weit soll das Gemeinwesen die Unterschiede berücksichtigen, die die Mitglieder unserer Gesellschaft auszeichnen? Sind Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik als gegensätzlich zu betrachten? Fragen dieser Art sind an der 4. Konferenz für Sozialfragen diskutiert worden, die am Freitag in Grangeneuve stattfand und an der rund 200 Personen teilnahmen.

Ungleichbehandlungen vermeiden

Seit dem Jahr 2000 versammelt die Konferenz für Sozialfragen, die von der Direktion für Gesundheit und Soziales und vom französischsprachigen Lehrstuhl der Universität Freiburg für Sozialarbeit ins Leben gerufen wurde, alle zwei Jahre ein breites Publikum, das sich für gesellschaftlich relevante Themen interessiert. Am Freitag verfolgten rund 200 Anwesende die Debatten rund um das Thema der Integration von Unterschieden in das sozial- und wirtschaftspolitische Handeln.

Um zu illustrieren, wie schwierig es ist, besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, nannte Martine Morard, stellvertretende Vorsteherin des Amts für Personal und Organisation, das Beispiel der Massnahmen zur Förderung der Anstellung von Personen, die auf dem Arbeitsmarkt gefährdet sind. Dabei handelt es sich um invalide Personen und um junge Stellensuchende. Wie aber lassen sich solche Massnahmen einführen, ohne dadurch andere Stellensuchende zu benachteiligen? Auch Personen gegen Ende ihres sechsten Lebensjahrzehnts sehen sich in einer heiklen Lage auf dem Arbeitsmarkt, kommen aber nicht in den Genuss besonderer Massnahmen. Sind die Mehrkosten, die mit einer Ausweitung solcher Massnahmen auf weitere Kategorien verbunden wären, Grund genug, auf diese Idee zu verzichten?

Auf dem Gebiet der Ausbildung und Erziehung unterstrich Staatsrätin Isabelle Chassot, wie sehr sich die Schule bemüht, der kulturellen und sozialen Diversität unserer heutigen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Kinder mit unterschiedlichen Störungen, kulturelle Unterschiede, besondere Kleidung: die Schule geht auf die Unterschiede ein und antwortet in angemessener Weise. Die Achtung vor diesen Unterschieden darf jedoch nicht die gemeinsamen und allgemeingültigen Werte in Frage stellen, die auf der Respektierung aller gründen.

Den verschiedenen Beiträgen war zu entnehmen: die Berücksichtigung von Partikularismen ist vorhanden, sie hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Sie verlangt eine sorgfältige Prüfung, inwieweit sie Ungleichbehandlungen schaffen kann, und Offenheit von Seiten der Gesellschaft. Sie ist aber auch häufig abhängig von den Kosten, die sie nach sich zieht.

Wechselbeziehung zwischen Sozialwesen und Wirtschaft

Die an dieser Konferenz behandelten Beispiele zeigen auf, dass sich die Gesellschaft und die Probleme entwickeln und dass sich die Bedürfnisse der Einzelnen ändern. Daher drängen sich kreative Überlegungen auf, die auf ein neues Sozialmodell hinzielen. Wie Staatsrätin Ruth Lüthi jedoch hervorhob, kann unsere Sozialpolitik den neuen Bedürfnissen durchaus angepasst werden, ohne das bisher Erreichte über Bord zu werfen. Es wäre verkürzt gedacht und falsch, die soziale Sicherheit und das wirtschaftliche Gedeihen einander gegenüber zu stellen. Im Gegenteil, sie stehen in Wechselbeziehung und ergänzen einander. Die soziale Sicherheit gewährleistet den sozialen Zusammenhalt, der für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlich ist. Nach Staatsrätin Ruth Lüthi muss ein neues Sozialmodell das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit gewährleisten. Sie ruft daher zu einer Allianz auf zwischen einer starken Wirtschaft, einem sozialen Schutz und einem Erziehungssystem, die beide auf hohem Niveau sind, und einem gesellschaftlichen Dialog. Die Solidarität müsse der Pfeiler dieses Sozialmodells sein, denn sie stelle den Einsatz für die anfälligsten Bevölkerungsgruppen sicher: Kinder, Jugendliche, Betagte usw.

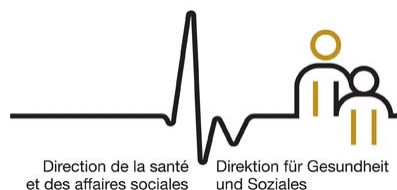
Eine neue Vision der Sozial- und Wirtschaftspolitik

Von Anfang an versammelte die Konferenz für Sozialfragen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus so unterschiedlichen Bereichen wie Sozialwesen, Justiz, Wirtschaft, Ausbildung. Diese sprachen gemeinsame Themen an, befassten sich auch antizipierend mit Problemen, die auf uns zukommen, und bereicherten die Debatten. Dies trifft namentlich für das Thema der ersten Konferenz zu, das der Gewalt gegenüber Jugendlichen und der Gewaltbereitschaft Jugendlicher galt. Die Oberämter nahmen sich in der Folge des Problems an, indem sie ein Präventionsprojekt entwickelten. Die Diskussionen liefen weiter bei den Debatten im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung und führten zur Entstehung des Artikels 61 « Jugend ». Weitere Konferenzen und Initiativen folgten. Die Konferenz 2006 ihrerseits soll in neuartige Initiativen münden, die das nötige Gleichgewicht zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik des Kantons Freiburg stärken.

KONTAKTE UND INFORMATIONEN

Kantonales Sozialamt, J.-C. Simonet, wissenschaftlicher Berater, 079 654 93 67 ab 16.45 Uhr.

Direktion für Gesundheit und Soziales, Claudia Lauper, 026 305 29 04 oder 079 347 51 38.



Referate und Medienmitteilung der Direktion für Gesundheit und Soziales auf der Website
http://admin.fr.ch/dsas/de/pub/communication/communiqués_2006.cfm